

Mendrzik, Kerstin
Urbatsch, Marion
2 Auszubildende
Pressevertreterin

Gleichstellungsbeauftragte Samtgemeinde Thedinghausen
Ersatzvertreterin ev. Kirche
Flecken Langwedel
Weser Kurier

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

Lfd. Nummer	Bezeichnung
1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2	Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des KFR vom 08.05.2025
3	Bericht des Vorstandes
3.1	Hofbesichtigung Stoffers Hoff
3.2	Stand der Einführung einer elektronischen Fußfessel für Gewalttäter
3.3	Exkursion zum Nds. Landtag
4	Vorstellung und Diskussion des Frauenpolitischen Forderungskatalogs für die Kommunalwahl 2026
5	Verschiedenes

Begrüßung

Andrea Michallik begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Dr. Lena Gunior (MdB), die spontan an der Sitzung teilnimmt und übergibt anschließend das Wort an Andreas Brandt, Bürgermeister des Flecken Langwedel.

Dieser begrüßt den Kreisfrauenrat herzlich und freut sich, die Sitzung erstmals im Rathaus Langwedel ausrichten zu dürfen. Er betont die Bedeutung der Gleichstellung und verweist auf die positiven Entwicklungen der letzten Jahre – insbesondere in seiner Verwaltung, wo viele Führungspositionen von Frauen besetzt seien. Gleichzeitig merkt er an, dass es auch Bereiche gebe, in denen mehr Männer gebraucht würden.

Er wünscht dem Kreisfrauenrat eine erkenntnisreiche Sitzung und verabschiedet sich anschließend.

TOP Bezeichnung/Ergebnis

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Vorsitzende ergänzt die Tagesordnung um den Punkt 3.3.

2. Genehmigung des Protokolls vom 08.05.2025

Das Protokoll wird ohne Gegenstimmen genehmigt.

3. Bericht des Vorstandes

3.1. Hofbesichtigung Stoffers Hoff

Andrea Michallik berichtet vom Besuch bei Biobäuerin Elisabeth Fresen am 12. Juni. Fresen führte über die Weideflächen an der Aller und gab Einblicke in die Tierhaltung sowie die Herausforderungen extensiver Landwirtschaft. Der anschließende Austausch im Hofladen mit Käse- und Wurstverkostung wurde als sehr bereichernd erlebt.

Besonders eindrücklich war der Bericht über strukturelle Hürden für selbstständige Frauen in der Landwirtschaft, insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschutz. So bestünde ein dringender Bedarf, das Bewusstsein für die Lebensrealitäten von Bäuerinnen zu schärfen.

Andrea Michallik verweist auf die regelmäßigen "Weidespaziergänge" von Frau Fresen und empfiehlt diese als niedrigschwelliges Austauschformat

3.2 Stand der Einführung einer elektronischen Fußfessel für Gewalttäter

Die Vorsitzende informiert, dass auf Bundesebene konkrete Änderungen des Gewaltschutzgesetzes geplant seien. Diese sollen ermöglichen, dass Gerichte bei Fällen häuslicher Gewalt elektronische Fußfesseln anordnen können, um bestehende Kontakt- und Näherungsverbote besser durchzusetzen. Auch in Niedersachsen liege eine entsprechende Gesetzesinitiative vor.

Im Anschluss erläutert Dr. Lena Gumnior (Bündnis 90/Die Grünen) das Beispiel Spanien, wo Täter eine elektronische Fußfessel und betroffene Frauen (auf eigenen Wunsch) ein Empfängerarmband tragen. Käme es zu einer Annäherung, würde automatisch die Polizei alarmiert. In Deutschland sei die Einführung eines vergleichbaren Systems denkbar, es gebe jedoch noch offene Fragen – unter anderem zur Zuständigkeit, zur technischen Umsetzung und zur Einbindung in bestehende Schutzstrukturen.

Kerstin Blome weist darauf hin, dass die elektronische Fußfessel lediglich als ergänzende Maßnahme zu verstehen sei. Dr. Gumnior ergänzt, dass in vielen Fällen, etwa bei gemeinsamem Wohnraum oder wirtschaftlicher Abhängigkeit, die Fußfessel alleine nicht ausreichend sei. Wichtig sei vor allem die verlässliche Finanzierung und Absicherung bestehender Interventionsketten.

Im Gremium besteht Einigkeit, dass die Fußfessel eine mögliche Ergänzung sein könne, jedoch keine Alternative zu Schutzangeboten wie Frauenhäusern, Wohnraumsicherung, psychosozialer Beratung und konsequenter Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes darstelle.

3.3 Exkursion zum Nds Landtag

Andrea Michallik informiert über eine geplante Exkursion des KFR in den Niedersächsischen Landtag auf Einladung von MdL Dr. Dörte Liebeth. Die Fahrt soll im Februar/März 2026 stattfinden, ein genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

4. Vorstellung und Diskussion des Frauenpolitischen Forderungskatalogs für die Kommunalwahl 2026

Kerstin Blome stellt den bisherigen Arbeitsstand der Arbeitsgemeinschaft vor. Ziel sei es, zur Kommunalwahl 2026 konkrete gleichstellungspolitische Forderungen zu formulieren und diese öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Folgende Gliederung habe die AG erarbeitet:

Frauen in Politik und Gremien

Es wird vorgeschlagen, sich für paritätisch besetzte Wahllisten, quotierte Redezeiten und hybride Sitzungsformate einzusetzen, um eine bessere Teilhabe von Frauen zu ermöglichen.

In der Diskussion verweist Angela Günther-Sogorski darauf, dass z. B. in Verden bereits paritätische Listen existierten. Saskia Zwilling, Eva Hibbeler und Kira-Sophie Georg halten dagegen, dass strukturelle Benachteiligungen auch weiterhin bestehen und sichtbar gemacht werden müssten. Andrea Michallik regt an, Parteien im Vorfeld gezielt zur Aufstellungspraxis zu befragen.

Gleichstellung und Gleichstellungsbeauftragte

Die AG schlägt vor, die Sicherung der Hauptamtlichkeit von Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen zu fordern, sowie die Hürden des Abwahlverfahrens zu erhöhen und die kommunalen Budgets geschlechtergerecht aufzustellen. Kerstin Blome verweist auf § 9 NKomVG und die oft unzureichende Umsetzung vor Ort.

Kinderbetreuung

Vorgeschlagen und diskutiert werden die Ausweitung der Betreuungszeiten, mehr Ganztagsangebote sowie die Abschaffung bzw. Senkung von Krippengebühren und die Mittagsverpflegung.

Angela Günther-Sogorski weist auf eine rückläufige Nachfrage und strukturelle Schwierigkeiten in Kitas hin. Ruth Kahlke-Kuipers spricht sich für ein verpflichtendes, beitragsfreies letztes Kita-Jahr vor Schuleintritt aus.

Ulrike Helberg-Manke merkt an, dass bisher keine verlässlichen Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen vorliegen.

Die Erhebung dieser Daten wird schließlich als potentielle weitere Forderung seitens des KFR notiert.

Bildung

Als wesentliche Punkte werden stärkere Demokratiebildung, geschlechtersensible Pädagogik und eine bessere Finanzbildung, insbesondere für junge Frauen, genannt.

Rena Huseynova ergänzt, dass auch Rassismus-Prävention als Ziel gleichstellungspolitischer Bildungsarbeit aufgenommen werden sollte.

Gewaltschutz und Sicherheit

Thematisiert werden u.a. die Umsetzung der Istanbul-Konvention, verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Frauenhäusern sowie bauliche Maßnahmen wie bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum. Einigkeit besteht darüber, dass Schutzräume und Beratungsangebote besser verzahnt und langfristig finanziell abgesichert werden müssen.

Gesundheit

Angesprochen werden geschlechtersensible Versorgung, die Absicherung von Hebammenangeboten, der Zugang zu medikamentösem Schwangerschaftsabbruch sowie die Versorgungslage im Landkreis.

Ruth Kahlke-Kuipers ergänzt das Thema Suchthilfe mit Blick auf betroffene Frauen. Susanne Baumgartner spricht die oft tabuisierte Wochenbettdepression an.

Stadtplanung, Gemeinwesenarbeit und Einsamkeit

Vorgeschlagen werden geschlechtersensible Stadtplanung (z. B. sichere Wege, Sportangebote), der Ausbau von ÖPNV, bessere Angebote für Alleinerziehende und niedrigschwellige Treffpunkte.

Rena Huseynova weist auf die fehlende migrantische Perspektive hin.

Kathrin Packham und Karina Matos Appolt berichten von bestehenden Angeboten.

Britta Sonnenberg betont, dass klassische Alltagsnetzwerke (Familie, Nachbarschaft) zunehmend wegfallen und neue Begegnungsräume geschaffen werden müssten.

Susanne Baumgartner schlägt eine digitale Plattform für Mütterangebote im Landkreis vor.

Erwerbs- und Care-Arbeit

Ulrike Helberg-Manke verweist auf die Themen Erwerbs- und Care-Arbeit, Britta Sonnenberg bringt das Thema Pflege ein – insbesondere mit Blick auf unbezahlte familiäre Sorgearbeit. Betont werden die Notwendigkeit einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, sowie finanzielle Entlastung und die Sichtbarmachung weiblicher Care-Arbeit.

Das Thema soll von der AG weiter ausgearbeitet werden.

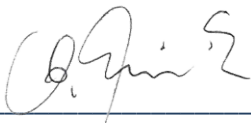
Weitere Vorgehensweise: Die AG „Forderungskatalog“ wird die Vorschläge und Diskussionsbeiträge aufnehmen und in die nächste Entwurfsfassung einarbeiten. Eine Beschlussfassung ist für die Sitzung am 27.11.2025 vorgesehen.

5. Verschiedenes

Karina Matos Appolt weist auf eine Veranstaltung zum Thema „Männergesundheit“ am 03.11.25 im Rathaus Langwedel hin, sowie auf einen Alleinerziehendentreff, der am 04.09.25 das erste Mal stattfindet.

Rena Huseynova informiert über das 30-jährige Jubiläum der Frauenberatungsstelle Verden am 23. September 2025. Die Veranstaltung beginnt um 15:30 Uhr mit einer feministischen Werkstatt, ab 18:30 Uhr folgt der Festakt. Eine Einladung werde zeitnah verschickt.

Die nächste Sitzung findet am **27.11.2025 um 16 Uhr im Kreistagssaal Verden** statt.



Vorsitzende des Kreisfrauenrates
Andrea Michallik



Protokollführerin
Frau Julia Blohm